



Wolffsohn: Juden werden in Europa von Islamisten und Linken bedroht

„Man schaue auf Frankreich. Als Reaktion auf die von muslimischen Fanatikern verübten Morde sind in den letzten 20 Jahren 20 Prozent der französischen Juden nach Israel ausgewandert.“

Von Oliver Flesch

Prof. Dr. Michael Wolffsohn (72) lehrte von 1981 bis 2012 an der Universität der Bundeswehr München Neuere Geschichte. Im Gegensatz zum Zentralrat der Juden sagt der jüdische Historiker meist das Richtige, wenn es um Antisemitismus geht. Auf Twitter schrieb er Montagmittag:

Nach dem Anschlag von [#Halle](#) rückt der alt-neue, mörderische [#Rechtsextremismus](#) in den Mittelpunkt. Zu Recht. Fakt ist aber, dass Juden in den vergangenen Jahren in ganz Europa noch häufiger von Islamisten und Linken bedroht wurden.

Die diesbezüglichen Statistiken der Landes- und Bundesbehörden vertuschen diese Tatsache. Das ist integrationspolitisch gut gemeint, aber töricht. Denn: Mit falschen Diagnosen kann man keine Krankheit heilen.

Was Wolffsohn mit Vertuschen meint? Ganz einfach: Verbrennt ein Moslem eine israelische Fahne, schmiert ein Linksextremer ein Hakenkreuz an ein AfD-Büro, spricht die Statistik von einer rechtsextremen Straftat.

Gestern richtete sich Wolffsohn in [BILD](#) an Judenfreunde und Feinde. Ein paar Auszüge ...

Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderung. Deutschlands und Europas Juden sind bereits qualifiziert, weil überdurchschnittlich gebildet. Sie sind Stützen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind (deutsche) Staatsbürger. Ihr Beitrag zum nationalen Wohlstand ist proportional viel größer als ihre winzige Zahl. Ihre Familienstruktur ist fester, ihre Kriminalitätsrate niedriger.

Wer Juden vertreibt, handelt nicht nur unmoralisch, sondern auch dumm. Diese ebenso mörderische wie selbstmörderische Dummheit hat Deutschland schon einmal begangen.

Wer uns Juden Sicherheit verspricht, muss uns diese tatsächlich bieten. Hierzulande und unserem Rettungsanker Israel. Das bedeutet konkret: Der BDS-Beschluss des Bundestages muss umgesetzt, Gelder an BDS und Partner gestrichen werden. Dagegen stemmen sich recht viele Parlamentarier. Auch in der CDU und SPD. Im Haushaltsausschuss versuchen sie, ihre Sabotage durchzusetzen.

Spätestens „nach Halle“ muss es heißen: Basta! Das gilt ebenso für die fatale Kumpanei mit Unrechtsstaaten in der UNO gegen den jüdischen Staat. Und das Hofieren des Iran und der Türkei.

Betroffenheitsrituale, Moralappelle, Sonntagsreden und die an sich löbliche politische Bildung reichen nicht. Dass die Kanzlerin nach dem Verbrechen von Halle spontan eine Berliner Synagoge besuchte, ist schön. Den Gedenkgottesdienst für die Opfer des Breitscheidplatzes besuchte sie erst ein Jahr nach dem Attentat. Aber wir wollen – und werden – nicht in Schönheit sterben. Zum Gegensteuern bedarf es mehr als schöner Gesten.

Es häuften sich in letzter Zeit Hinweise auf die Unterwanderung von Polizei und Bundeswehr durch Rechtsextremisten und Islamisten. Wer zudem Angehörige staatlicher Sicherheitsorgane, Polizisten als „Schweine“ oder „Bullen und Soldaten“ als „Mörder“ beschimpft, schwächt die Sicherheit nach innen und außen. Gleiches gilt für diejenigen, die sich „zu gut“ sind, um in den Sicherheitsorganen zu dienen oder mit ihnen zu kooperieren. Auch die Bundeskanzlerin hat allzu lange die Sicherheitsbehörden durch demonstrative Missachtung vor den Kopf gestoßen. Ein Synagogenbesuch ist kein Ersatz.

Man schaue auf Frankreich. Als Reaktion auf die meistens von muslimischen Fanatikern verübten Morde und Bedrohungen sind in den zurückliegenden 20 Jahren 20 Prozent der französischen Juden nach Israel ausgewandert. Wir Juden haben Israel. Nichtjüdische Deutsche werden mit Deutschland und Europa vorliebnehmen müssen.

„Nichtjüdische Deutsche werden mit Deutschland und Europa vorliebnehmen müssen.“

Wie richtig Professor Wolffsohn liegt. Die Islamisierung Europas weitet sich täglich aus und wir nichtjüdischen Europäer haben keinen Zufluchtsort. Deshalb bleibt die Bekämpfung der Islamisierung erste Bürgerpflicht.